

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Mobilität und Verkehr

67. Sitzung

11. Februar 2026

Beginn: 14.03 Uhr

Schluss: 17.06 Uhr

Vorsitz: Lars Bocian (CDU), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl einer/eines Vorsitzenden

Rolf Wiedenhaupt (AfD) beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Der **Ausschuss** führt eine geheime Wahl durch.

Vorsitzender Lars Bocian gibt bekannt, dass der von der AfD-Fraktion für den Vorsitz vorgeschlagene Rolf Wiedenhaupt (AfD) vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Der **Ausschuss** vertagt den Tagesordnungspunkt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Rolf Wiedenhaupt (AfD) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Angesichts von Medienberichten, dass Verkehrssenatorin Bonde einen Senatsplan zum Bau einer Magnetschwebebahn zwischen Spandau und dem Schumacher Quartier in der Schublade hat, frage ich den Senat, wie sieht der darin vorgeschlagene konkrete Streckenplan aus?“

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) legt dar, aufgrund der verkehrlichen und städtebaulichen Herausforderungen in Spandau werde die Anbindung der Entwicklungsgebiete nun unter Annahme veränderter Rahmenbedingungen vertieft untersucht. Daher werde für die Entwicklungsgebiete die Integration der Magnetschwebebahn geprüft. Eine Lösung könnte beispielsweise eine Verbindung von der UTR in Richtung Gartenfeld/Wasserstadt und weiter über die Havel sein. Man prüfe gerade Trassenalternativen, die technische Machbarkeit und Integration in den „Westraum“. Eine konkrete Streckenplanung liege noch nicht vor. Die Wirtschaftlichkeit im Sinne der LHO und für mögliche GVFG-Zuweisungen des Bundes sei auch für eine Magnetschwebebahn nachzuweisen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) begrüßt, dass der Senat offensichtlich von der Idee einer Tramstrecke abgehe, weil diese zu viel Verkehrsraum kostete; Tausende Bäume müssten gefällt, zwei Laubenkolonien abgerissen werden, ein Strand würde verschwinden. Eine geständerte Bauweise wäre eine gute Lösung. Sei auch eine Seilbahnkonstruktion, die kleinere Ständer hätte und kostengünstiger und planungsrechtlich einfacher umzusetzen wäre, geprüft worden?

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) antwortet, dies sei immer Teil der Vergleichbarkeit. Insofern fließe die Überlegung mit ein.

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Ich schließe gleich an die Frage zur Magnetschwebebahn an. Mich würde interessieren, von welchen veränderten Rahmenbedingungen Sie dort ausgehen. Was ist der konkrete sachliche Anlass, dass Sie jetzt zu anderen Überlegungen kommen? Und warum sind Sie dann als Teil des Senats zumindest der Meinung, dass hier entsprechende jahre- bzw. jahrzehntelange Planungen für die Straßenbahn in die Tonne gehören? Wir können uns dem Urteil der AfD-Fraktion nicht anschließen und halten die Straßenbahn für eine sehr sinnvolle Alternative für Spandau.“

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) äußert, der Dialog mit dem Bezirk sei intensivierbar gewesen; unterschiedliche Vorstellungen hätten vorgeherrscht zwischen dem, was bisher im Raum gestanden habe, und dem, was gleichzeitig im Dialog noch entstanden sei. Man versuche, die bezirkliche Perspektive und die Notwendigkeit der Erschließung der geplanten Wohnungsbaugebiete übereinanderzulegen. Es werde jetzt untersucht, ob in einem veränderten Verfahren, das einen anderen Flächenbedarf und weniger Konfliktpotenzial bei den Straßenprofilen hätte, weitere Möglichkeiten bestünden.

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt die Nachfrage, welche Auffassung SenStadt zu diesen Plänen habe und mit welchem Zeithorizont an die Entwicklung des Gebiets herangegangen werde. Die Magnetschwebebahn wäre ein neuer Anwendungsfall in technologischer Hinsicht, sodass man wahrscheinlich nicht so schnell vorankäme wie bei den Straßenbahnplanungen, die bereits einen Vorlauf hätten.

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) erklärt, dass er sich nicht für SenStadt äußere. Die Trassenuntersuchung und die volkswirtschaftliche Nutzenuntersuchung sollten in diesem Jahr machbar sein, die Trassenuntersuchung wahrscheinlich bis einschließlich zweites Quartal.

Tino Schopf (SPD) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Die Haltung der SPD-Fraktion zum Thema Magnetschwebebahn ist hinreichend bekannt. Ihre Aussagen, Herr Staatssekretär, sind sehr irritierend. Ich möchte festhalten, es gibt im Bezirk Spandau einen festgesetzten B-Plan, beschlossen vom Bezirk im Dezember 2024. Jetzt haben wir Februar 2026. Also ich bin schon ziemlich erstaunt darüber, dass man der Meinung ist, man müsste dort jetzt eine Magnetschwebebahn bauen bzw. das einfach mal prüfen, aber das ist nicht meine Frage. Mich würde einfach mal interessieren, auf welcher Grundlage Sie sich über bisherige Senatsbeschlüsse hinwegsetzen.“

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) hält entgegen, dass er sich nicht über Senatsbeschlüsse hinwegsetze. Das Thema rühre aus einer Presseberichterstattung, die er nicht befördert oder initiiert habe. Die Senatskommission Wohnungsbau behandle dieses Thema und werde sich damit in der nächsten Woche auf Senatorebene befassen. Der Senat werde über den Beschlussentwurf zu beschließen haben. Man habe versucht, den Bezirk Spandau mitzunehmen, was in der Vergangenheit nicht ganz gelungen sei, und einen neuen Vorschlag gemacht, der eine Mehrheit finden werde oder auch nicht. Der für Bauen zuständige BzStR habe mitgeteilt, dass die Erschließung, die im B-Plan festgelegt sei, im Moment als gesichert anzusehen sei. Er [Redner] sei nicht ängstlich, auch ein innovatives Verkehrsmittel zu prüfen.

Tino Schopf (SPD) führt an, dass der „Kollege“ des StS im BA Spandau die Straßenbahn u. a. mit Verweis auf einen nicht hinnehmbaren Eingriff in den Straßenraum ablehne. Inwieweit sei der StS mit ihm [Redner] der Auffassung, dass dies auch bei den baulichen Anlagen einer Magnetschwebebahn der Fall wäre?

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) antwortet: „weder noch“. Die Magnetschwebebahn, obwohl sie durch die Aufständigung ebenfalls Flächenbedarf hätte, würde den öffentlichen Straßenraum nicht wie eine Tram, sondern andere Ebenen nutzen. Wo es keine Mittellage gäbe, würde die Tram die gleichen Flächen wie der MIV oder auch Fahrräder nutzen, sodass die Aufteilung des Straßenraums nicht einfacher werden würde. Nürnberg habe Tram und Magnetschwebebahn in einer Vergleichsstudie geprüft; insofern sollte Berlin dies auch prüfen. – [Kristian Ronneburg (LINKE): Mit einem negativen Ergebnis!]

Antje Kapek (GRÜNE) stellt für ihre Fraktion folgende Frage:

„Senatorin Bonde ist nicht erst in den Haushaltsberatungen mit dem Motto aufgetreten, man müsste jetzt mal den neuen Realismus walten lassen, auch als Herr Falk für die BVG neulich hier war, sagte sie: Realismus vor Wunsch-dir-was. Sie sagte am Montag zu den Forderungen von FUSS e. V.: Bei mir gilt Pragmatismus statt Wunsch-dir-was. – Wie passt das denn unter einen Hut, wenn Sie hier gerade ausführen, dass Sie mal ein bisschen Wunsch-dir-was prüfen?“

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) erklärt, dass er nicht von Wünsch-dir-was gesprochen habe. Man müsse eher aufpassen, dass man sich in Deutschland nicht abhängen lasse; Berlin müsse eher Vorreiter sein, statt ausschließlich in herkömmlichen Verkehrsmitteln zu denken. Beim Stichwort Wünsch-dir-was würde ihm nicht die Magnetschwebbahn, sondern ganz viel anderes einfallen, was er nicht denken wollen würde.

Antje Kapek (GRÜNE) erwidert, Wünsch-dir-was lasse sich an zwei Kriterien festmachen: Wie sehe der Finanzierungsplan für den Wunsch der SenMVKU aus? Was sei der Zeitplan? – Wenn der StS beides qualifiziert beantworten könne, dann möge es realistisch sein, wenn nicht, dann bleibe dies ganz offiziell Wünsch-dir-was.

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) verweist darauf, dass die Trassenuntersuchung bis zum Ende des zweiten Quartals und im weiteren Verlauf des Jahres die volkswirtschaftliche Untersuchung möglich sein sollten. Insofern gebe es einen sehr klaren Zeitrahmen.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) berichtet, im Hinblick auf die Glatteislage in den letzten Wochen sei eine Koordinierungsrunde mit Bezirken, BSR, BWB, Berliner Forsten, BVG und S-Bahn einberufen worden, obwohl die Aufgaben in erster Linie bei den Eigentümern und die Kontrollen bei den Bezirken lägen. Eine erste Runde habe am 30. Januar stattgefunden, eine weitere in der letzten Woche. Die Bezirke hätten vielfältige Unterstützung bei der Glättebekämpfung erhalten, personell durch BWB und Forsten. Die BSR habe Streugutbedarfe der Bezirke und Bürger/-innen gedeckt. Man habe mit den Bezirken Prioritätslisten erstellt, die auch durch die BSR mit abgearbeitet worden seien. Diese Kraftanstrengung sei am Ende erfolgreich gewesen. Die Krankenhäuser hätten erhebliche zusätzliche Belastungen gehabt. Es sei mit den Bezirken vereinbart, über Veränderungen in der Zukunft nachzudenken. SenFin habe in personalrechtlichen Fragen pragmatisch agiert. Zum Direktionsrecht hätten die Bezirke schnell Antworten bekommen. Er danke den Mitarbeitern für ihren Einsatz.

Nach dem letztlich tödlichen Angriff auf einen DB-Mitarbeiter in Rheinland-Pfalz am 2. Februar halte er fest, dass die zunehmende Gewalt und Aggression im ÖPNV besorgniserregend sei. Von 2023 auf 2024 habe sich die Zahl der körperlichen Angriffe um 6 Prozent erhöht. Von Januar bis Oktober 2025 seien über 3 000 DB-Mitarbeitende Opfer von Straftaten geworden, was nicht hinnehmbar sei, denn sie müssten ihren Job gefahrlos machen können. In Berlin und Brandenburg setzten die Verkehrsunternehmen punktuell mehr Personal im Regionalverkehr ein. Es gebe Ergänzungsvereinbarungen zu den Verkehrsverträgen. Berlin und Brandenburg hätten sich bereits 2023 und 2024 an den entsprechenden Mehrkosten beteiligt. Es gebe ein Pilotprojekt des VBB mit der DB, um den Einsatz von Zugbegleitern in Zweier-teams auf bestimmten Streckenabschnitten zu ermöglichen. Der Bundesverkehrsminister habe für Freitag zu einem Sicherheitsgipfel eingeladen.

Vorsitzender Lars Bocian bekundet im Namen des Ausschusses, dass tätliche und auch verbale Angriffe auf Mitarbeitende der öffentlichen Verkehrsunternehmen auf das Schärfste zu verurteilen seien. Er begrüße, dass VBB und BMV entsprechend handelten.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, warum SenMVKU die Koordinierungsrunde zum Glättechaos erst nach einem Monat einberufen habe. Die Ordnungsämter seien überlastet gewesen und hätten die vielen ungeräumten Stellen nicht überwachen können. Das Thema sei mehrmals in Parlamentsausschüssen behandelt worden. Dennoch sei erst nach der Koordinierungsrunde am 30. Januar „ordentlich was in Schwung“ gekommen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) führt an, dass in der Berliner U-Bahn ein deutlicher Anstieg von Gewalttaten im letzten Jahr zu verzeichnen sei: 397 Delikte gegen Mitarbeiter, davon 252 Körperverletzungen, 157 Straftaten gegen U-Bahn-Fahrgäste. Was habe der Senat unternommen, um diese zunehmende Gewalt zurückzudrängen? – Der Winter sei eine der normalen vier Jahreszeiten. Weshalb habe die Koordinierungsrunde nicht vor dem Winter stattgefunden, um geschützt und koordiniert in den Winter hineinzugehen?

Kristian Ronneburg (LINKE) knüpft an, dass der Senat zu spät gehandelt und das Problem zunächst ausgesessen habe, obwohl der Status quo nicht genügend sei. Welche Dimension habe die Priorisierungsliste der Bezirke gehabt? Habe diese in erster Linie private Eigentümer oder auch öffentliche Flächen betroffen? Die Liste habe nicht konsequent abgearbeitet werden können, weil die BSR wieder in den Winterdienst geschickt worden sei. Warum sei nicht auf andere Hilfsorganisationen wie das THW zurückgegriffen worden? – Der Vorfall bei der Fahrkartenkontrolle sei ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Zustände. Bei Körperverletzungen sei das Dunkelfeld in Deutschland groß. Was wolle der Senat in seinem Zuständigkeitsbereich tun? Würden Bedarfe für mehr Sicherheit bei den BVG-Beschäftigten abgefragt?

Antje Kapek (GRÜNE) äußert Bedauern zu dem Vorfall bei der DB. Der BVG-Sicherheitsbericht habe den Eindruck vermittelt, dass alles besser geworden wäre, der Anstieg sexualisierter Gewalt, insbesondere in der U-Bahn, sei aber besorgniserregend. Welche Maßnahmen bespreche der Senat mit der BVG? Ihre Fraktion habe FLINTA- bzw. Frauenabteile vorgeschlagen. Es sei an der Zeit, sich mit konkreten Maßnahmen auseinanderzusetzen.

Tino Schopf (SPD) erkundigt sich nach dem Ende der Pilotphase des Projekts von VBB und DB. Inwieweit würden auch ODEG und NEB einbezogen? Was werde sich nun bei der BVG ändern? Welche Überlegungen gebe es bei SenMVKU bzw. im Aufsichtsrat, ggf. in Zusammenarbeit mit Hamburg?

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) verweist darauf, dass die Senatorin das Thema schon Mitte Januar auf die Tagesordnung gesetzt habe; die Bezirke hätten sich bis dahin nicht an SenMVKU gewandt. Mit dem Eisregen in der letzten Januarwoche sei die Situation auf den Gehwegen „noch mal anders geworden“, und die Diskussion habe „Fahrt aufgenommen“, sodass man die Koordinierungsrunde einberufen habe. Allein in der Priorität eins der Bezirke hätten sich über 160 Bereiche befunden, wobei nicht nach privaten oder öffentlichen Eigentümern differenziert worden sei. Natürlich würden privaten Eigentümern noch Kostenbescheide für Ersatzvornahmen durch die Bezirksämter erteilt.

Bei der BVG seien schon länger Doppelstreifen der BVG und der Polizei unterwegs, womit die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl erhöht würden. Die Ausweitung der Videoüberwachung sei zu überlegen, um schneller eingreifen und besser nachverfolgen zu können. FLINTA-Abteile seien untersucht worden, hätten aber so vielfältige Herausforderungen in der Umsetzung, dass man dies nicht weiter verfolgt habe. Das Pilotvorhaben ende Ende 2026. Man werde sicherlich prüfen, ob dies gemeinsam mit Brandenburg verlängert werden könne. Auch die Ausweitung auf ODEG und NEB werde man sicherlich anlassbezogen prüfen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet SenMVKU, dem Ausschuss das Volumen der Ersatzvornahmen und der Bußgelder zu berichten. Der Eisregen sei bereits am Montag gewesen, und die Koordinierungsrunde habe erst am Freitag getagt. Insofern müsse man viel schneller werden. Sei vorgesehen, Koordinierungsrunden künftig schneller einzuberufen?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, ob Bußgelder und Kosten von Ersatzvornahmen ggf. auch bei Bundesministerien und beim Bundesrat geltend gemacht würden.

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) sagt zu darzustellen, wie sich Bußgelder und Ersatzvornahmen entwickelt hätten. Auch öffentliche Institutionen hätten ihren Winterdienstpflichten nachzukommen. Insofern spiele dies in der Hinsicht keine Rolle. Es sei verabredet, gemeinsam mit Bezirken, BSR, BVG, BWB und den beteiligten Playern über Schlüsse nachzudenken.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | | |
|----------|---|---|
| a) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2303
Sichere Geh- und Radwege auch im Winter –
Glättechaos beenden, BSR zentral mit dem
Winterdienst auf allen Wegen beauftragen | 0377
Mobil(f)
WiEnBe*
UK |
| b) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2896
Sichere Gehwege im Winter gewährleisten –
Stufenmodell zur Weiterentwicklung des Berliner
Winterdienstes | 0443
Mobil(f)
UK |
| (neu) c) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2933
Änderung des Berliner Straßenreinigungsgesetzes | 0444
Mobil |
| (neu) d) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 19/2933-2
Evaluation und Reform des Berliner Winterdienstes | 0448
Mobil |

- (neu) e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf [0447](#)
Annahme einer Entschließung Mobil
Drucksache 19/2933-1
Das Glättechaos in Berlin beenden – für einen funktionierenden Winterdienst aus einer Hand von Profis
- (neu) f) Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer [0449](#)
Entschließung Mobil
Drucksache 19/2933-3
Mobilität für alle gewährleisten: Winterdienst neu aufstellen
- (neu) g) Antrag der AfD-Fraktion auf Annahme einer [0450](#)
Entschließung Mobil
Drucksache 19/2933-4
Winterdienst-Versagen beenden – Fußgängersicherheit jetzt gewährleisten, statt ideologisch am Streusalzverbot festzuhalten

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0160](#)
Potentiale von Sharing-Angeboten für einen Beitrag zur Berliner Verkehrswende Mobil
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- (neu) b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0445](#)
Sharing-Konzept – Zukunft der geteilten Mobilität in Berlin“ Mobil
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Vertrag.

Punkt 6 der Tagesordnung

- | | | |
|----------|---|-------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Verfehltes Pünktlichkeitsziel, marode Stellwerks-
und Signaltechnik, ständige Störungen – wann löst
der Senat die S-Bahn-Krise?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0439
Mobil |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Herausforderungen bei der Berliner S-Bahn
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | 0361
Mobil |
| (neu) c) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berliner S-Bahn zukunftsfest gestalten: Maßnahmen
für Stabilität und Ausbau
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) | 0446
Mobil |

Vertrag.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.